

DKHV-Mitgliederversammlung: Herkenrath als Präsident bestätigt

„In den letzten Jahren hat der Verband bewiesen, dass er auf aktuelle Entwicklungen schnell und umfassend reagieren kann. Der hohe Selbstversorgungsgrad der Kartoffel in Deutschland ist ein schätzenswertes Gut. Unsere Dialoge mit Politikern auf allen Ebenen zeigen, dass wir die Belange und Interessen der Kartoffelbranche wirkungsvoll vertreten können. Diese Arbeit wird der Vorstand und alle Mitglieder in den nächsten Jahren weiterführen“, so Thomas Herkenrath, der alte und neue Präsident des Deutschen Kartoffelhandelsverbandes e.V. (DKHV). Die 17. Mitgliederversammlung des DKHV hat Herkenrath einstimmig in dieser Funkti-



Dr. Karen Willamowski, Prof. Dr. Peter Schuhmann und DKHV-Präsident Thomas Herkenrath (v. l. n. r.).

on bestätigt. Ebenfalls bestätigt wurden Carsten Heilmann und Erik Richter als seine Stellvertreter. Neu als Stellvertreter gewählt wurden zudem Olaf Kleinlein und Johann Dittenhauser jun. Herkenrath dankte allen ausgeschiedenen Vorstandskollegen für die langjährige vertrauensvolle und engagierte Arbeit, die die Verbandsarbeit mit wichtigen Impulsen bereichert hat. Mit dem neu konstituierten Vorstand, dem insgesamt 25 Personen angehören, sei der Verband zukunftsfähig aufgestellt und werde weiterhin eine wichtige Stimme in der Verbandslandschaft sein.

Prof. Dr. Peter Schuhmann wurde zum ersten Ehrenmitglied in der Verbandsgeschichte ernannt. Gewürdigt wurde das Lebenswerk von Prof. Schuhmann, der seit mehr als 50 Berufsjahren für die Kartoffel lebt.

Breiten Raum in der Mitgliederversammlung nahm die Information und Diskussion von Fachthemen ein. Als Gast hierzu wurde unter anderem Andreas Meyer als Leiter



Agrarstaatssekretärin Elisabeth Aßmann richtet ein Grußwort an die Mitglieder des DKHV.

der Versuchsstation Dethlingen begrüßt, der einen Überblick über die bearbeiteten Themen gab. Mit Kurzberichten informierten die Ausschussobleute über die Gremienarbeit.

Auf der Abendveranstaltung des Verbandes begrüßte der neu gewählte Präsident Herkenrath die Agrarstaatssekretärin Elisabeth Aßmann des Ministeriums für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern herzlich, die in ihrem Grußwort die Leistungen der Kartoffelwirtschaft würdigte. Mecklenburg-Vorpommern sei nach Niedersachsen das zweitgrößte Bundesland in der Vermehrungsproduktion, führte die Staatssekretärin aus. Als einziges Bundesland verfüge Mecklenburg-Vorpommern über gesetzlich geschützte Gesundlagen (geschlossene Anbaugelände), die sich besonders für eine Pflanzkartoffelerzeugung eignen.

Dieses Alleinstellungsmerkmal hat dazu geführt, dass alle großen Kartoffelzüchter in Mecklenburg-Vorpommern vertreten sind. 380 landwirtschaftliche Unternehmen haben im Jahr 2021 hierzulande etwa 512.300 Tonnen Kartoffeln geerntet, führte die Staatssekretärin aus und unterstrich, dass das Land die Branche auch weiterhin unterstützen werde.

Um das Thema „Kinderstube für Vermehrungsmaterial“ drehte sich auch alles im Gespräch mit den Mitgliedern des Ausschusses für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt (Agrarausschuss) des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.



Dr. Sylvia Rahm-Präger (zweite von links) im Austausch mit DKHV-Mitgliedern.

Die Vorsitzende Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) sowie weitere Mitglieder diskutierten mit den DKHV-Mitgliedern ein breites Spektrum an Themen – immer im Zentrum die Forderung, die Kartoffelproduktion in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur zu erhalten, sondern die Anbauerweiterung zu unterstützen. Die Nachfrage nach heimischen Kartoffeln wachse aufgrund der Erweiterung der Verarbeitungskapazitäten in Hagenow und Stavenhagen. Viele der von den Mitgliedern benannten Probleme und Forderungen seien bekannt, so Dr.



DKHV-Geschäftsführer Dr. Sebastian Schwarz, Dr. Sylvia Rahm-Präger, DKHV-Präsident Thomas Herkenrath (v. l. n. r.).

Fotos: DKHV

Rahm-Präger, bei anderen hakte sie nach, um unterstützen zu können. Dr. Schwarz, Geschäftsführer des DKHV, bat in seinem Fazit darum, den Dialog fortzusetzen und insbesondere auch in Gesetzgebungsverfahren mit Länderbeteiligung die Positionen der Kartoffelwirtschaft einzubringen.

Eine Führung durch das Schweriner Schloss, das Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern ist, schloss die intensiven, erlebnis- und erfolgreichen Tage ab. <<

Frühjahrssitzung des UNIKA-Vorstands

Ende März konnte Olaf Feuerborn, Vorsitzender der UNIKA, den Vorstand in Hannover begrüßen. Anlässlich der Frühjahrssitzung stand u. a. eine Bewertung des Diskussionsstandes um den Verordnungsvorschlag der EU-Kommission über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Sustainable Use Regulation, SUR) an. Zu dem im Juni 2022 von der EU-Kommission vorgelegten Entwurf wurden zwischenzeitlich verschiedene Ergänzungsdokumente veröffentlicht. Derzeit wird die vom EU-Rat beschlossene Folgenabschätzung, die im Juni vorgelegt werden soll, erwartet. Der UNIKA-Vorstand betonte die besondere Schutzwürdigkeit der Kartoffelproduktion. Die im Entwurf beabsichtigten Verschärfungen des EU-Pflanzenschutzrechts hätten massive Auswirkungen auf den Kartoffelanbau, insbesondere für den Pflanzkartoffelbereich und somit für den gesamten Sektor. Vom Vorstand beschlossen wurde die Überarbeitung der UNIKA-Stellungnahme zu dem Thema sowie perspektivisch eine wissenschaftliche Betrachtung der Auswirkungen für die Kartoffelwirtschaft. Die Stellungnahme ist auf der Homepage der UNIKA – www.unika-ev.de – abrufbar.

Aus der UNIKA-Geschäftsstelle wurde über verschiedene Initiativen und Projekte der UNIKA berichtet. Bereits im Dezember hat der Vorstand ein Projekt zur Abschätzung der Gefährdung des Kartoffelanbaus durch die Stolbur-Krankheit initiiert. Die abschließenden Projektvorbereitungen laufen derzeit und sollten in Kürze abgeschlossen sein. Der Sachstand zur Drahtwurmbekämpfung sowie die Befassung mit Durchwuchskartoffeln ergänzten das Themenfeld. Intensiv erörtert wurde die vorgesehene Nationale Wasserstrategie der Bundesregierung, die am 30. März öffentlich vorgestellt wurde. Aus Sicht des Bundesumweltministeriums ist die Sicherung der Trinkwasserversorgung zen-

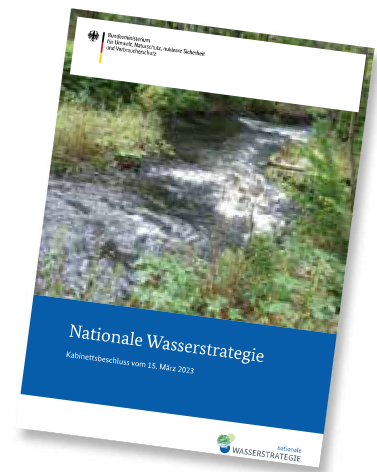


UNIKA-Vorstand diskutiert breite Themenpalette im Rahmen seiner Frühjahrssitzung.

trales Handlungsfeld der Wasserstrategie. Dazu zählen gleichermaßen die Stärkung und Wiederherstellung eines naturnahen Wasserhaushalts, die Anpassung der Wasserinfrastruktur an die Klimakrise sowie die Forderungen nach sauberem Wasser in allen Flüssen und Seen, so das BMUV. Die Landwirtschaft wird in nahezu allen Handlungsfeldern einbezogen, verbunden mit teils weitreichenden Forderungen. Aus Sicht des UNIKA-Vorstands muss in zukünftigen Diskussionen betont werden, dass die Landwirtschaft der einzige Bereich ist, der neue Wasserressourcen schafft.

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz läuft die Förderrichtlinie zum Bundesprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz und CO₂-Einsparung in Landwirtschaft und Gartenbau zum 30. Juni aus. Die Förderung soll fortgeführt werden, muss aber technisch an die Brüsseler Beihilfe-Richtlinie angepasst werden. Für die UNIKA hat sich der Geschäftsführer Dr. Schwarz mit einem Schreiben an die Staatssekretärin beim Bundeslandwirtschaftsministerium, Silvia Bender, gewandt und dafür geworben, den Neubau von modernen Kartoffelkühlslagern in der Förderung zu berücksichtigen. Im Antwortschreiben betonte die Staatssekretärin, dass die Förderung größerer, neuer Energieverbrau-

cher durch das Bundesprogramm in allen Landwirtschaftsbereichen weitgehend eingestellt wurde und diese Systematik auch beim anstehenden Richtlinienwechsel beibehalten werde. Weiterhin förderbar bleiben umfassende Maßnahmen für die Kühlung, z. B. die Modernisierung im Bestand durch Dämmung oder der Austausch alter



Zu den Tagesordnungspunkten der Sitzung gehörte u. a. die Nationale Wasserstrategie. Foto: BMUV

Anlagentechnik durch neue, sofern in der neuen Anlage natürliche Kältemittel eingesetzt werden. Auch seien neue Anlagen zur erneuerbaren Energieerzeugung umfassend förderbar. Um die Attraktivität des Programms insb. für kleinere Unternehmen zu erhöhen, soll die Fördereffizienz, bei der die Förderung größerer Investitionsvorhaben gekappt wird, von derzeit 900 Euro auf 1.200 Euro je eingesparter Tonne CO₂ für diese Unternehmenskategorie angehoben werden.

Verbandsorganisatorische Fragestellungen komplettierten die Tagesordnung. Die nächste Sitzung des UNIKA-Vorstands wird voraussichtlich Mitte Juni d. J. am Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie e. V. (ATB) in Potsdam stattfinden. <<



Olaf Feuerborn, Vorstandsvorsitzender der UNIKA (links), und Dr. Sebastian Schwarz, Geschäftsführer UNIKA.

Fotos: UNIKA